



**Kanton Basel-Stadt | Regierungsrat**  
**Kanton Basel-Landschaft | Regierungsrat**

Staatskanzlei, Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel  
Landeskanzlei, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Herr  
Benjamin von Falkenstein  
Angensteinerstrasse 19  
4052 Basel

Basel/Liestal, 25. Mai 2021

**Petition für höhere Beiträge der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt an die Universität Basel**

Sehr geehrter Herr von Falkenstein  
Sehr geehrte Petentschaft

Mit Schreiben vom 2. Oktober 2020 haben Sie namens der Jungliberalen Basel und weiterer Unterzeichnender die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt ersucht, höhere Trägerbeiträge an die Universität für die Leistungsauftragsperiode 2022–2025 auszuhandeln. Damit die Universität ihr breites Lehr- und Forschungsangebot halten und weiterentwickeln könne, international konkurrenzfähig bleibe und die Gebühren der Studierenden nicht stärker belastet würden, seien vonseiten der Trägerschaft zwingend mehr Mittel einzusetzen.

Ihr Schreiben erreichte uns zu einem Zeitpunkt, als die Verhandlungen zwischen den Bildungsdirektionen der beiden Halbkantone und der Universität bereits weit fortgeschritten waren. Schon damals waren wir zuversichtlich, dass wir Ihrer in der Petition zum Ausdruck gebrachten Sorge um die Universität gerecht werden können.

Die Verhandlungen mit der Universität konnten plangemäss und einvernehmlich abgeschlossen werden; inzwischen sind die Verhandlungsergebnisse auch auf der Ebene der kantonalen Exekutiven geprüft und bestätigt worden. So können wir Ihnen mitteilen, dass die Regierungen des Kantons Basel-Landschaft und des Kantons Basel-Stadt ihren Parlamenten heute gleich zwei Vorlagen im Zusammenhang mit der Universität zur gebundenen Beratung überwiesen haben. Die Teilrevision des Universitätsvertrags, einerseits, schafft rechtliche Rahmenbedingungen für eine zeitgemässe, zukunftsgerichtete und nachhaltige Aufstellung der bikantonalen Trägerschaft, die den Entwicklungsbedürfnissen der Universität entgegenkommt. Die Landratsvorlage bzw. der Ratsschlag zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2022–2025 andererseits umreisst die strategischen und finanziellen Grundlagen für die kommende universitäre Leistungsauftragsperiode.

Der Globalbeitrag von 1'354,9 Mio. Franken, der dem Landrat und dem Grossen Rat für die nächste vierjährige Leistungsauftragsperiode der Universität mit dem heutigen Datum beantragt wird, setzt sich zusammen aus 968,5 Mio. Franken für die Sparte Lehre und Forschung und 386,4 Mio. Franken für den Immobilienbereich. Für Forschung und Lehre auf Spitzenniveau stehen der Universität damit gegenüber der aktuellen Leistungsauftragsperiode rund 3,5% mehr Mittel zur Verfügung. Die Strategie 2022–2030 der Universität zeigt überzeugend auf, wie die Gelder investiert werden sollen, um ihren Mitarbeitenden optimale Forschungsbedingungen zu bieten und ihren Studierenden ein anspruchsvolles, vielseitiges Studium zu ermöglichen.

Im Immobilienbereich können die Trägerbeiträge dahingegen gesenkt werden, ohne dass Abstriche bei der Planung zum Ausbau der Infrastruktur gemacht werden müssen; durch eingetretene Verzögerungen bei Neubauprojekten darf mit einer gewissen zeitlichen Glättung der Immobilienkosten insgesamt gerechnet werden. Die in der Leistungsauftragsperiode 2022–2025 anfallenden Kosten können zudem zu beträchtlichen Teilen mit universitären Rücklagen, die sich aufgrund der Verzögerungen angestaut haben, und Drittmittelbeiträgen für den Infrastrukturausbau (Overhead) aufgefangen werden.

Es ist und bleibt eine Selbstverständlichkeit, dass die der Universität aus öffentlichen Mitteln zugeordneten Ressourcen sparsam und effizient eingesetzt werden müssen. Die im Vergleich mit anderen Hochschulinstitutionen hohe Drittmittelquote bezeugt eindrücklich, dass dies bei der Universität Basel zweifellos der Fall ist. So sind wir überzeugt, ein gutes und zukunftsweisendes Ergebnis zu präsentieren, das sowohl die Interessen der Trägerkantone wie auch der Universität angemessen widerspiegelt.

Auch die Universität hat uns gegenüber stets ihre Zufriedenheit mit dem erzielten Verhandlungsergebnis betont und versichert, ihre Weiterentwicklung auf dem gewohnt hohen Niveau mit den zugeordneten Mitteln sicherstellen zu können. Wir sind deshalb zuversichtlich, dass auch die Parlamente unserem Vorschlag im kommenden Herbst zustimmen werden.

Freundliche Grüsse

Dr. Anton Lauber  
Regierungspräsident

Beat Jans  
Regierungspräsident